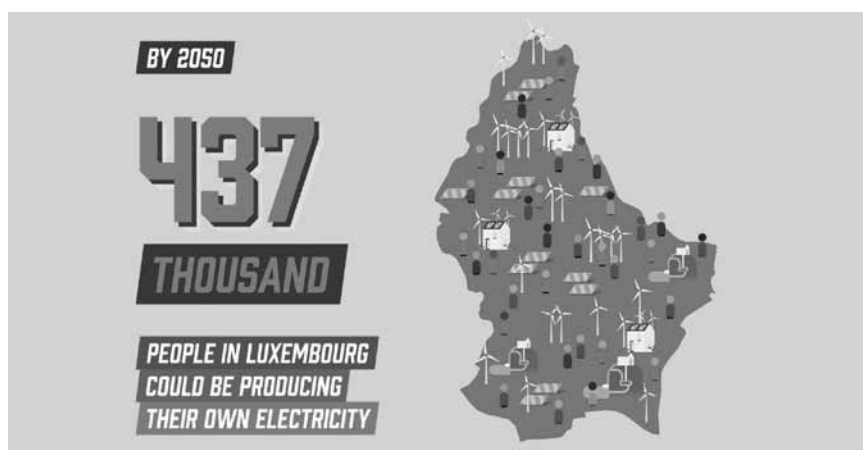


CITIZEN



ENERGIEWENDE

In BürgerInnenhand

Votum Klima / woxx

Votum Klima präsentiert eine Studie, die vorrechnet wie viel die EU-BürgerInnen selber zur Energiewende beitragen können - vorausgesetzt die Rahmenbedingungen stimmen.

Mehr als die Hälfte der BürgerInnen in der Europäischen Union könnten bis zum Jahr 2050 ihren eigenen Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie, die heute in Brüssel veröffentlicht wurde⁽¹⁾. Sie umreißt das Potenzial für bürgereigene, erneuerbare Energieprojekte in Europa, demzufolge bis zum Jahr 2050 45% des Energiebedarfs der Europäischen Union durch 264 Millionen „Energie-Bürger“ erzeugt werden könnten - als Teil eines demokratisierten Energiesystems⁽²⁾.

In Luxemburg könnten der Studie zufolge bis zum Jahr 2050 18% des Stromverbrauchs durch Bürgerprojekte produziert werden⁽³⁾. Der erneuerbare „Bürgerstrom“ würde zu 39% durch Energiegenossenschaften, zu 35% durch Haushalte, zu 25% von kleineren Unternehmen und zu 1% auf öffentlichen Gebäuden erzeugt werden. Zwei von fünf BürgerInnen resp. 437.000 BürgerInnen würden damit aktiv zur Energiewende in Luxemburg beitragen.

Großes Potenzial

„Der Bericht zeigt, dass die BürgerInnen die Macht haben, die Energieversorgung aus der Hand der großen Energiekonzerne zurückzugewinnen und damit den Energiesektor zu revolutionieren“, erklärt Martina Holbach, Koordinatorin von Votum Klima. „Die Bürger spielen bereits heute europaweit eine wichtige Rolle bei erneuerbaren Energieprojekten, von denen

die lokale und regionale Wirtschaft profitiert. Das Potenzial ist groß, und es ist daher nur konsequent, dass Energieprojekte in Bürgerhand zur Norm werden müssen.“

Damit der Umbau unserer Energiesysteme vorangetrieben werden kann, braucht es bessere Rahmenbedingungen sowie den Schutz und die Unterstützung für Bürger, insbesondere in dem von der EU-Kommission geplanten Paket zur „Energy Union“, im Rahmen der überarbeiteten Richtlinie für erneuerbare Energien und der „Market Design Initiative“.

„Die EU muss den Weg für kleine und smarte Energieprojekte in Bürgerhand ebnen. Das Recht, dass die Bürger ihre eigene erneuerbare Energie produzieren können, muss in der europäischen und in den nationalen Gesetzgebungen verankert werden.“

(1) Der Bericht „The Potential for Energy Citizens in the European Union“ wurde von CE Delft im Auftrag der Europäischen Föderation der Erneuerbaren Energien, Greenpeace, Friends of the Earth Europe und der Europäischen Föderation für Erneuerbare Energiekooperativen verfasst.

(2) Im Bericht werden „Energiebürger“ als Einzelpersonen oder Haushalte definiert, die erneuerbare Energien erzeugen und ihren Energieverbrauch flexibel managen. Die Definition beinhaltet auch öffentliche Gebäude sowie kleine Unternehmen mit weniger als 50 Angestellten. Beispiele für bürgereigene Energieprojekte sind z.B. Photovoltaikanlagen auf Dächern oder Beteiligungen in gemeinschaftlichen Wind- oder Solarstromparks.

(3) Laut Angaben des Institut luxembourgeois de régulation betrug im Jahr 2015 der Anteil des in Luxemburg produzierten erneuerbaren Stroms am Gesamtstromverbrauch 6,75%.

SHORT NEWS

Zynische Zahlenspiele

(tf) - Ein Rekord: 1.200 Umsiedlungen von Flüchtlingen aus Griechenland und Italien habe man im September zu verzeichnen, vermeldete die EU-Kommission vergangenen Mittwoch nicht ohne Stolz. Beachtlich ist das nur, wenn man sich vor Augen führt, dass seit Inkrafttreten des EU-Umverteilungsprogramms vor einem Jahr insgesamt lediglich 5.651 Flüchtlinge auf andere Mitgliedsstaaten verteilt worden sind; im September also mehr als 20 Prozent der Gesamtzahl. Täglich müssten über 400 Menschen transferiert werden, damit das Ziel von 160.000 Umsiedlungen binnen zwei Jahren erreicht werden kann. Die meisten der Flüchtlinge - mittlerweile über 52.000 - sitzen in Griechenland fest und warten auf den Ausgang ihres Asylverfahrens. Nur 578 Personen wurden in die Türkei abgeschoben, was sich die EU bislang 467 Millionen von insgesamt drei Milliarden Euro kosten ließ. Finanziert wird damit auch der türkische Einsatz an der syrischen Grenze, bei dem laut dem „Syrian Observatory for Human Rights“ immer wieder Flüchtlinge von türkischen Grenzern erschossen werden. Den eigentlichen Erfolg sieht die EU wohl darin, dass nur noch wenige Schutzsuchende über das Mittelmeer auf EU-Territorium gelangen: Lediglich 85 Personen täglich; vor einem Jahr waren es noch 1.700 pro Tag. An einer Verbesserung der Existenzbedingungen etwa in Syrien liegt das bekanntermaßen nicht.

OUNI: Jetzt MIT Ladenadresse!

(lm) - Zur Oekofoire teilte Ouni per Communiqué mit, dass die Eröffnung des ersten verpackungsfreien Bio-Ladens in Luxemburg bevorsteht. Ab Anfang November wird man im Bahnhofsviertel, im mittleren Teil der Rue Glesener, in den Räumlichkeiten des ehemaligen Restaurants „Mère Nature“ einkaufen können. Auf der Foire war das Ouni-Team mit einem Stand vertreten - zahlreiche BesucherInnen nutzten die Gelegenheit, konkrete Details über das Projekt in Erfahrung zu bringen. Außerdem konnten sich die Initiatorinnen über den ihnen verliehenen Innovationspreis des Mouvement écologique freuen.

Nucléaire : ça craint !

(da) - Près d'un réacteur français sur deux pose des problèmes en termes de sécurité. Les réacteurs à risques représentent en effet 44 pour cent de la capacité de production d'électricité nucléaire française. C'est ce que révèle un rapport signé John Large et publié par Greenpeace ce jeudi. L'expert a, entre autres, enquêté sur la centrale nucléaire de Flamanville, dont la cuve, installée sans remplir les exigences de l'Autorité de sûreté nucléaire, devrait selon lui être détruite. Le rapport complet est accessible sur www.greenpeace.lu.

Sans financement, pas d'informations

(da) - « Veuillez vous adresser directement à la Direction de l'immigration pour toute question relative à la loi sur la libre circulation et l'immigration. » C'est ce qu'affiche la page web de l'Asti ces derniers jours. Le « guichet Info-Migrants », service d'aide et d'information juridique proposé gratuitement par l'Asti, est fermé depuis peu. En cause, « un manque de financement public durable », explique Sérgio Ferreira, porte-parole de l'association. « Dans les conditions actuelles, nous ne pouvons pas garantir la sécurité pour les emplois en relation avec le guichet. » L'Asti aurait bien reçu des subsides sporadiques de la part du ministère des Affaires étrangères, mais aucune convention, ni rien d'autre de durable et de prévisible. Et ce alors qu'en 2015, pas moins 1.537 personnes auraient fait appel au service. « Même les offices sociaux ont recours à l'expertise de nos salariés », s'offusque Ferreira. Un don de l'Œuvre grande-duchesse Charlotte aurait bien permis de se maintenir pendant un peu plus d'un an, mais l'Œuvre n'aurait pas vocation à subsidier des salaires de façon permanente. Des négociations avec le ministère des Affaires étrangères et l'Olai seraient en cours, mais jusque-là sans résultats. Alors, en attendant que les choses bougent, on aurait décidé de fermer, afin de rendre attentif à la situation intenable d'un service important.